

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Sportwelt und Jugend einschließlich Belegbogen monatlich 80 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Frischem Abg. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
**Druckerei:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltige Zeitspalte mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 72.

Dresden, Sonnabend den 28. März 1914.

25. Jahrg.

Der Leutnant Liebig ist vom Oberkriegsgericht in Reg. zu 17 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Sein Einspruch einer Kassebahn nach in Brandbühl sieben Wochen um 5 Leben genommen.

Im englischen Unterhaus teilte Asquith einen neuen Beschluß mit, der Behörde vorzuziehen vorzuziehen soll.

In Wien kam man hinter eine Explozionsorganisation, von den Beamten der Polizei gebildet worden war.

In Brisbane an der australischen Küste sind beim Untergang eines Dampfers 18 Mann ertrunken.

## Die Banditen der Tugend.

Von unserem Korrespondenten.  
Paris, 25. März.

Die Reaktion, die im offenen politischen Kampfe Niederlage auf Niederlage erlitt, singt jetzt ein Siegeslied. Sie zeigt in Wonne. Es ist ihr gelungen, mit Hilfe von Cailleur, hinter den Kulissen tüchtig mitwirkt, den regierenden Sozialisten mit Rot zu bewahren. Zwei radikale Führer, Cailleur und Monis, wuchsen schon das Feld räumen. Jetzt ist die Hande an der Arbeit und nicht die Republik selbst zu bedauern.

Die sieben unmittelbar vor den Wahlen. Es handelt sich für die Reaktion darum, die Wähler in ihre Hände zu bekommen. Und so wird alles in Bewegung gesetzt, die Regierung Doumergue zu stützen und den Sozialisten Brand zu blasen. Man hat Cailleur, den einzigen bürgerlichen Politiker, der gegenwärtig im Lande wäre, den Sozialisten Geldsummen die seit Jahrzehnten gelebte, höchste Einkommensteuer aufzuheben, in den politischen Kampf hineingeworfen. Auch seine Privatverhältnisse sind den wahren Sachverhalt seiner Gattin in Frage gestellt. Warum? Weil er an der kapitalistischen Vorführung, an der Seite zu rütteln droht. Man konnte ungefroren in Frankreich Gott aus den öffentlichen Gebäuden und aus den Schulen entfernen, man durfte die Mönchsorden verjagen, die Kirche aus dem Staat trennen. Alles blieb ruhig. Aber dem Premier gegenüber, den überfüllten Geldbeutel anzusehen, das durfte man nicht wagen. Cailleur hat die bittere Erfahrung gemacht. Er ist selbst Finanzmann, kennt seine Vorgesetzten, weiß, wo sie zu fassen sind. Der Mann war gefährlich. Man mußte verschwinden. Und er verschwand!

Der Skandal Rochette ist ein alter Bekannter. Tausende von Menschen laufen im Freien herum. Keine bürgerliche Regierung hätte in Sachen Rochettes anders gehandelt als die Herren Monis und Cailleur. Die bürgerlichen Minister sind jeder gewohnt, die Ruffig als ihr Klosterinstrument zu handhaben. Die Republik hat an dieser Gelegenheit wenig zu danken. Sie hat die Methode der Monarchie in gemilderter Form weitergeführt. Nun treten die Anhänger des alten Regimes, die Anhänger des persönlichen Regiments, das die Premier schonte, gegenwärtig als Tugendbolde auf. Sie wollen die gefranzte Gerechtigkeit rächen, sie, die von der Unmöglichkeit leben! ... Wie wilde Tiere stürzten sie sich auf die politischen Gegner, um die Republik vor dem Gleichgewicht zu bewahren, tatsächlich aber, um die Republik in Strömen von Schmutz zu ertränken.

Die Armen des Geistes — die Nationalisten — haben ein anderes Programm als ihren Geburtsort: sie sind als Sozialisten geboren. Frankreich über alles! Es lebe Frankreich! Im Namen dieser Liebe vergendeten sie verbredlich die Produktivkräfte des Landes in kolonialen Abenteuern, in unglücklichen Kriegen. Nun hat ihnen der Schmutz schon eine neue Waffe für die nächsten Wahlen in die Hände gegeben. Sie werden es als ihre Mission betrachten, die Gerechtigkeit vor den Republikanern zu verteidigen. Die Männer der privilegierten Geldklasse, die gesamte Restriktionen, die ein einziges Wort schreibt, ohne von den Waffenfabrikanten und Unternehmern bezahlt zu werden, sind über Nacht tugendhaft geworden.

Die republikanischen Politiker gehen etwas bestürzt herum. Sie glauben, man könne eine Republik nach monarchistischer Methode regieren, die Gerichte ungeniert Tagesinteressen dienstbar machen. Durch die Natur der Sache selbst ist die moderne Justiz Klassenjustiz da, wo es um die Verteidigung der Grundlagen der kapitalistischen Ordnung handelt. Aber auch in der heutigen Gesellschaft gibt es in der fortgeschrittenen Ländern ein Minimum an Anstand, das hochgehalten werden muß. Es muß wenigstens der Schein gewahrt werden. Aus Furcht vor Erweiterung des Rochetteffandals, aus gewohnheitsmäßiger Unfähigkeit ließ sich Herr Monis, sonst ein anständiger Republikaner, an einer skandalösen Beeinflussung des Anstandes in der Rochetteaffäre verfahren. Zwar ist die Sache nicht allzu tragisch zu nehmen. Rochette wurde verurteilt und gefängelt. Es liegt kein Fall der Mordtätigkeit vor. Es bedarf bloß die enge, intime Verwandtschaft, den Zusammenhang zwischen bürgerlicher Demokratie und Finanzmächten.

Das kann der beste demokratische Wille nicht ändern. Die bürgerliche Demokratie liegt eben innerhalb, nicht außerhalb der kapitalistischen Gesellschaft.

Auch unsere Gegner, auch die Sozialisten, müssen zugeben, daß der Sozialismus allein unbesiegt von Schmutz aus all den Affären hervorgeht. Man war daher gezwungen, dem Genossen Jaurès den Vorsitz in der Untersuchungskommission anzuerkennen. Einstimmig wird zugegeben, daß er die Debatte mit Geschick und Parteilosigkeit führt. Er sucht die Wahrheit, ausschließlich und vollständig.

Aber die Wahrheit will aus dem Munde der Minister und Richter nicht so leicht heraus. Eine Tatsache ist festzustellen: Monis übt Druck aus. Es in väterlicher Form oder im Tone des Befehls, ist aus den widerstrebenden Anhängern nicht zu entnehmen. Für uns ist die Frage wenig interessant. Der französische und nicht bloß französische öffentliche Schaden einermachen kennt, für den ist die Beeinflussung der Gerichte keine überraschende Erscheinung.

Was uns hier interessiert, ist das politische Drama, das um den Rochetteffandal spielt. Die Regierung Doumergue ist durch den Austritt von Cailleur und Monis ungemein geschwächt. Es handelt sich jetzt für die „Föderation der Linken“, die von den Mitgliedern der Rechten mit Barthou-Willerand-Briand an der Spitze beherrscht und geführt wird, darum, die nicht seit im Sattel sitzende Regierung ganz zu Boden zu werfen. Es ist ihnen gelungen, zeigen die nächsten Tage. Man arbeitet jetzt im Dunkeln, um noch einige Entlassungen von Ministern zu erwirken. Man denkt an Vivian und einige seiner Kollegen, das Ungeheuer zu fliehen. Auf diese Weise hofft man die Regierung, die doch wenigstens einen guten Willen zur Reformarbeit besitzt, abzubrühen.

Unsere Partei wird sich selbstverständlich nicht zum Handlanger der Reaktion hergeben. Die Genosse Jaurès in einer großen Volksversammlung bemerkte, kann eine radikale Regierung bloß mit Hilfe der Sozialisten leben, oder eine reaktionäre auch bloß mit Hilfe der Sozialisten entstehen. Und für die Geschäfte der Reaktion sind wir nicht zu haben.

## Das Wutgeheul der Reaktion.

Nach am Donnerstag nachmittags veröffentlichte die Deutsche Tageszeitung eine Mitteilung aus Vornau, an deren Schluß es hieß: „Im bürgerlichen Lager rechnet man mit einem knappen, aber sicheren Siege v. Liebert.“ In dieser gewöhnlichen Siegesfeierlichkeit kann man das Wutgeheul erkennen, in das die Presse der Rechten jetzt verfallen, nachdem ihr Halbhart einen reichlicher und sicherer Durchfall erlebt hat. Die im deutschen Junktur wohl bewanderte Deutsche Tageszeitung findet kaum fröhliche Worte genug zur Abfertigung der Freisinnigen, denen sie die Schuld an der Niederlage Lieberts zuschiebt:

„Dieses Knechtischverhältnis zur Sozialdemokratie hat dieser auch gestern wieder ein Mandat in die Hände gespielt, das bei geschlossener einheitlichem Vorgehen der bürgerlichen Parteien wohlwollend der nationalen Sache zu erhalten gewesen wäre. Für diesen eben überwindenden wie bewunderlichen Widerstand in Vornau-Vogau tragen die Querschnittsleiter der freisinnigen Partei, die gewählten freisinnigen Parteigänger, die ganze Sühne der Verantwortung.“ In nationalen Streifen ist die Hoffnung längst dahin, das seine Leistung in abschließender Zeit aus dieser Zeit wieder loskommen könne.“

In den gewählten freisinnigen Organen gehört das Berliner Tageblatt, das nun wohl gegen seinen Wahlhofsverkauf einen neuen Vorstoß der Konservativen im nächsten Landtag wird gewärtigen müssen. Gleich beifig jetzt die Post über den Verrat am Bürgerturn. Bei der Post kommt noch der besondere Schmerz dazu, daß es einer der Juren ist, der verdienstvollerweise aus dem Reichstag hinausgesetzt wurde. Dieser Schmerz hat bei dem ehrenwerten Organ so alle Vergleiche durcheinander gewirbelt, daß es über die „Dreiklassen“ des Reichstagswahlkampfes jammert, dieselbe Dreiklasse, die bei allen Reichstagswahlkämpfen erst durch Liebert und seine Garde aufgerichtet worden ist. Nach Wahrheit wagt, daß sich die Post damit tröstet, daß Liebert dem öffentlichen Leben nicht ganz entziffen werde:

„In politischen Vereinen, in freikonzertativen Kreisen wird Genossen v. Liebert nach wie vor seine bewährten Kräfte entfallen, jetzt noch intensiver denn zuvor. Und die Sozialen der Post werden dem Vorkämpfer allseitiger Bestrebungen immer zur Verfügung stehen, wenn ihn sein nationales Gewissen treibt, zu leben.“

Der Anfang dieser künstlichen öffentlichen Tätigkeit Lieberts liegt ausnehmend gleich beim Ende seiner parlamentarischen Laufbahn. Er hat in dem Leipziger Linnemann-Matt, den Neuen Nachrichten, folgenden rührenden an Langhauer gemahnenden Abschiedsbrief an seine Wähler veröffentlicht:

„Trag angelegter Arbeit hat das Wahlergebnis gegen mich entschieden. Ein Teil der liberalen Wähler hat den nach dem Verlust der Hauptwahl den bürgerlichen Parteien nachdringenden Wahlkreis an die Sozialdemokratie verraten. Die Lösung des Berliner Tageblatts hat im Sachlande gelegen. Wir haben unsere Schuldigkeit getan und haben uns nichts vorzuerzieren. Ich

sage allen Wählern, die sich treu um einen bürgerlichen Vertreter für den Wahlkreis bemüht haben, herzlichsten Dank. Es lebe das Vaterland!“

Mit Liebert trauert die Leipziger Presse um den Verlust des Mandats der für die Presse der Wassermänner um so betrübender ist, als sie alle Register für Liebert gezogen hatte. Schmerz bewegt schreibt die Nationalliberale Reichs-Korrespondenz:

„Dieses traurige und für unser Bürgerturn bedauernde Ereignis ist dadurch zu Stande gekommen, daß über 2000 Wähler des nationalliberalen Kandidaten sozialdemokratisch gewählt haben. Die nationalliberale Partei trägt hieran keine Schuld. ... Wohl aber steht fest, daß die fortschrittlichen Wähler vollständig zur Sozialdemokratie übergetreten sind. Das ist um so unbegreiflicher, als die Weigerung der fortschrittlichen bürgerlichen Partei, eine Stichwahlparole anzugeben und das indirekte Einsetzen zweier fortschrittlicher Mitglieder Landtagsabgeordneten für Herrn v. Liebert die Hoffnung liegen, daß der Freisinn die Lehre von Jerschows beherzigen würde.“

Daß das in Vornau plötzlich erwachte Feindschaftsgefühl fortschrittlicher Wähler der A. N. A. unbegreiflich bleibt, ist begreiflich, nachdem die wackere Korrespondenz seit jeher alles getan hat, um die Reste liberalen Anstandes aus dem politischen Leben zu beivertigen. Und als ob die Freisinnigen plötzlich Angst vor der Courage ihrer Anhänger bekommen hätten, sucht die Freisinnige Zeitung nachzuweisen: es befanden sich „ohne jeden Zweifel unter den Wählern Kesseln auch sehr viele Nationalliberale.“

Das ist auch leicht erklärlich. Den Zugang aus dem nationalliberalen Lager hat nämlich Herr v. Liebert schon im ersten Wahlgange erhalten; daher ist es so auch gekommen, daß er diesmal in der ersten Wahl mehr Stimmen als 1912 (8642 gegen 791) erhalten hat. Wenn er nun bei der Stichwahl weniger Stimmen als damals (12711 gegen 14 091) gewonnen hat, so gelangt darin zum Ausdruck, daß doch ein guter Teil selbst der Nationalliberalen, die 1912 noch in der Stichwahl für den Reichstagskandidaten eintraten, diesmal entweder gar nicht oder links wählten.“

Die Überprüfung der Stimmenverhältnisse nach den Wählerlisten wird Sache unserer Genossen im 14. Kreise sein. Das eine aber steht fest: es war die Überkraft der Sozialdemokratie, die die bürgerlichen Wähler rot stimmen ließ, ganz gleich, ob der Zugang aus freisinnigem oder liberalen Lager kam. Die höchsten Freisinnigen wie die nationalliberalen Vorgesetzten haben der Reaktion gleichermaßen unter die Arme gegriffen — aber die Rechnung war ohne die wackere Arbeit unserer Genossen und die unerwartete Einsicht liberaler Schichten gemacht. Diese Aufklärungsarbeit unserer Genossen ließ den Wahlausfall zu einem Ereignis werden, das wichtig nach drei Seiten trifft: einer der schlimmsten Volksfeinde wurde fastgeheilt, der Reichsverband bekam eine moralische Ohrfeige seltener Qualität und das konservative Lager einen Denksatz, der den Herren die Geißte nach Reichstagsauflösung auf eine Weile verfehlen dürfte.

## Der Sieg der Steuerabtinnten.

Mit 192 gegen 114 Stimmen hat das preussische Dreiklassenhaus am Freitag die Erhöhung von Kreiswald und anderen schönen Gegenden vor dem gekürzten hauptamtlichen Steuerkommissar bewahrt. Freund Landrat bleibt im Besitz des Damolleschwertes der Einkommensteuer. Vergebens hatte sich Herr Venge nochmals bemüht, das kleine Herz der Junker zu rühren, indem er auf des Genossen Ströbel scharfe Kritik an kapitalistischen „Vollstaat“ mit der — parlamentarisch gebrochen — „alten Kamille“ antwortete, daß die sozialdemokratischen Arbeiter an Partei und Gewerkschaft weit mehr und viel unheimere Steuern zahlen müßten, als an den alten Vater Staat für Junkerliche, Pöbel und Spiveln und Ritter samt Reiter ...

Es war umsonst. Den Beifall der Schwarzblauen mochte Venge erhalten — ihre Stimmen genommen ihm die Reichsverbandstöne nicht, die er am Tage des Liebert-Gerichts den Dreiklassenmännern vorlies.

Selbst die preussische Regierung kann eben nicht immer wie die Junker wollen. Das zeigt der zweitägige Kampf der im preussischen Abgeordnetenhaus um die Frage geführt worden ist, ob der Landrat oder ein besonderer Steuerkommissar bei der Steueranlegung das ausschlaggebende Wort sprechen soll. Die konservative Kampfszene wird gekennzeichnet durch die Aussprüche der Abgeordneten v. Hennigs-Zachin und von der Cram, die vor schändlicher Zweifelherrigkeit warnten und den Landrat als den Vertrauensmann der Bevölkerung feierten. Der Kampf selbst aber nicht zwischen der Bürokratie, die selbst im Kleinsten immer eine gewisse Neigung hat, den reinen Staatsgedanken zu vertreten, und der unferischen Selbstverwaltung, für die der staatliche Apparat ohne weiteres nur ein Werkzeug ihrer Klassenregierung ist. Der bürokratische Steuerkommissar steht bei den Junkern im Verdacht, er könnte ohne Rücksicht auf herrschende Klassen und parteipolitische Interessen einfach die fiskalischen Interessen vertreten. Dagegen erhebt sich der Landrat der ihnen des zurechnen Vertrauen, daß er stets mit seinen Steuerzahlenden oder auch nicht Steuerzahlenden Standesgenossen förmlich verfahren und keine Macht als Steuerrevidierer